

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 15. November 1989

am Donnerstag, dem 16. November 1989

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Andres (SPD)	37, 38	Lennartz (SPD)	19, 20
Brauer (DIE GRÜNEN)	5, 6	Menzel (SPD)	15, 16
Dr. Emmerlich (SPD)	1, 2	Müntefering (SPD)	31, 32
Frau Ganseforth (SPD)	13, 14	Schütz (SPD)	17, 18
Gansel (SPD)	48, 49	Sielaff (SPD)	41, 42
Großmann (SPD)	23, 24	Dr. Sperling (SPD)	29, 30
Heyenn (SPD)	33, 34	Frau Steinhauer (SPD)	39, 40
Jäger (CDU/CSU)	7, 12	Stiegler (SPD)	9, 21
Jungmann (Wittmoldt) (SPD)	46, 47	Dr. Uelhoff (CDU/CSU)	10
Kalisch (CDU/CSU)	3, 4	Frau Walz (FDP)	25, 26
Kirschner (SPD)	8	Frau Weiler (SPD)	35, 36
Dr. Klejdzinski (SPD)	27, 28	Frau Würfel (FDP)	45
Leidinger (SPD)	43, 44	Zierer (CDU/CSU)	11, 22

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern.	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung.	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	10

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)

Aus welchen Gründen ist der Antrag von Frau T. A., verheiratet mit dem seit 1976 in der Bundesrepublik Deutschland lebenden und seit 1988 eine Aufenthaltsberechtigung innehabenden M. A. A., auf Erteilung eines Sichtvermerks von der deutschen Botschaft in Islamabad bis heute nicht beschieden worden?
2. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)

Trifft es zu, daß die Ausländerbehörde der Stadt Osnabrück bereits mit Schreiben vom 21. Juni 1988 und erneut mit Schreiben vom 13. Juli 1988 die Zustimmung zur Erteilung des Sichtvermerks erteilt hatte?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

3. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die verfassungs- und sicherheitspolitischen Bedenken der Gewerkschaft ÖTV und der Professorin für öffentliches Recht an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Frau Dietmut-Mayer, gegen den Zivil- und Katastrophenschutz, wie sie in der öffentlichen Anhörung des Innenausschusses am 6. Oktober 1989 artikuliert wurden?
4. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung getan, um der Unterstellung und damit Vorurteilsbildung durch die Sektion Deutschland der Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges e. V. zu begegnen, Zivilschutz diene der Kriegsvorbereitung?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

5. Abgeordneter
Brauer
(DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung tatsächlich der Auffassung, wie vom Sprecher des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Neuling, am 3. November 1989 behauptet, daß bei der Bekanntgabe der Waldschäden bei voller

Vergleichbarkeit im Grunde alles beim Alten bliebe, auch wenn man nicht – wie bisher – alle Schadstufen aufsummiere und die Waldschadenserhebung in Waldzustandserhebung umbenennen?

6. Abgeordneter
Brauer
(DIE GRÜNEN)

Übersieht die Bundesregierung die volle Tragweite der vom Sprecher des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Neuling, am 3. November 1989 bestätigten Änderung der Waldschadenserhebung durch Abtrennung einer sogenannten Vorwarnstufe von den stärkeren Waldschäden auf die Öffentlichkeit, insbesondere angesichts der Gesamtbedrohung der Waldökosysteme wie der schleichenden Versauerung und Vergiftung der Waldböden, die in den Zahlen der Waldschadenserhebung überhaupt nicht zum Ausdruck kommen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

7. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung ihre Absicht aufgegeben hat, noch in dieser Legislaturperiode den Entwurf für ein Schwangerenberatungsgesetz einzubringen, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung bejahendenfalls im Hinblick auf den Schutz des Lebensrechts ungeborener Kinder?

8. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)

Wann ist damit zu rechnen, daß das von der Firma Geigy entwickelte Präparat „Formoterol“, das durch seine deutlich gesteigerte Langzeitwirkung für viele Asthma-Kranke Erleichterung bringen wird, vom Bundesgesundheitsamt zugelassen wird?

9. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)

Liegen der Bundesregierung Hinweise über eine behauptete Krebshäufigkeit in den Wohnbezirken um den Truppenübungsplatz Grafenwöhr vor, und wird sie veranlassen, daß entsprechende Erhebungen gemacht werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

10. Abgeordneter
Dr. Uelhoff
(CDU/CSU)
- Da die Deutsche Bundesbahn (DB) der Ortsge-
meinde Waldfischbach-Burgalben keine Bedie-
nungszusage für den im Gewerbegebiet geplan-
ten Gleisanschluß erteilen und den dortigen Ta-
rifpunkt sogar auflassen will, frage ich die Bun-
desregierung, welche Möglichkeiten sie sieht,
darauf hinzuwirken, daß die DB bei der Überprü-
fung der Wirtschaftlichkeit ihres Schienennetzes
auch Aspekte der Strukturpolitik, insbesondere
auch der Anbindung ländlicher und struktur-
schwacher Räume an die Ballungszentren zu be-
rücksichtigen hat?
11. Abgeordneter
Zierer
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung zu dem Vor-
schlag, die Mittel für die Magnetbahn „Transra-
pid“, deren wirtschaftlich vertretbarer Einsatz
höchst fragwürdig geworden ist, zugunsten der
Bahn und ihres ICE-Netzes umzuschichten?
12. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)
- Trifft nach den Erkenntnissen der Bundesregie-
rung die Behauptung in der Anzeige des Bun-
desverbandes des Deutschen Güterfernverkehrs
(BDF) e. V. mit der Überschrift „Liebe Bahn, war-
um läßt Du uns im Regen stehn?“ zu, daß täglich
Hunderte von Lastwagen vergeblich darauf war-
ten, beim Huckepackverkehr der Deutschen
Bundesbahn zum Zug zu kommen, weil die Ka-
pazitäten auf den Huckepackstrecken längst er-
schöpft seien?
13. Abgeordnete
**Frau
Ganseforth**
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß
die Deutsche Bundesbahn über Jahre hinweg für
die Berechnung der Bundeszuschüsse für den
Nahverkehr wesentlich höhere Abschreibungen
für Fahrzeuge zugrunde legt, als sie tatsächlich
für Ersatzinvestitionen aufwendet?
14. Abgeordnete
**Frau
Ganseforth**
(SPD)
- Setzt sich die Bundesregierung unter Berück-
sichtigung dieser Tatsachen dafür ein, daß nach
dem Ausbau der Strecke Wunstorf — Lehrte neue
behindertengerechte Fahrzeuge eingesetzt wer-
den, und dafür die auf dieser Strecke verkehren-
den nach Grundüberholung gegen auszumun-
sternde Fahrzeuge auf anderen Strecken ausge-
tauscht werden?
15. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Wie viele Hektar baureifes und für den Woh-
nungsbau nutzbares Land kann von den Sonder-
vermögen des Bundes kurzfristig bereitgestellt
werden?

16. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Wird die Bundesregierung dabei der Forderung des Landes Baden-Württemberg entsprechen und die Grundstücke um 50% verbilligt abgeben?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

17. Abgeordneter
Schütz
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß trotz der staatlichen Kontrolle durch das Deutsche Hydrographische Institut (DHI) nahezu 1 500 Tonnen Giftmüll ohne Genehmigung auf der Nordsee verbrannt worden sind, und welche Folgerungen will sie daraus ziehen?
18. Abgeordneter
Schütz
(SPD)
- Stimmt sie der Ansicht des DHI zu, daß die Verbrennung des Giftmülls keine Umweltgefährdung bedeutet hat?
19. Abgeordneter
Lennartz
(SPD)
- Seit wann hat die Bundesregierung Kenntnisse über die jetzt vom Deutschen Hydrographischen Institut bestätigten illegalen Giftmüllverbrennungen auf der Nordsee durch die Gesellschaft für Verbrennung auf See (GVS), und welche Maßnahmen hat sie danach hinsichtlich der weiteren Genehmigung der Seeverbrennung ergriffen?
20. Abgeordneter
Lennartz
(SPD)
- Auf Grund welcher sachlichen und rechtlichen Erwägungen befürwortet der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit die weitere Genehmigung der Sondermüllverbrennung auf der Nordsee, und wie beurteilt die Bundesregierung dabei die Stellungnahmen der Küstenländer, der Umweltverbände und des Umweltbundesamtes?
21. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie ist der Stand der Verhandlungen über eine Verordnung der EG zum Verbot der Verwendung von PCP, und wird die Bundesregierung eine nationale Entscheidung treffen, wenn sich vor dem Hintergrund der Beratungen im Europäischen Parlament Mehrheiten für eine EG-Entscheidung nicht abzeichnen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

22. Abgeordneter
Zierer
(CDU/CSU) Welche Vorkehrungen hält die Bundesregierung für nötig, um beim zu erwartenden Boom im Wohnungsbau schädliche Auswirkungen auf die Umwelt, z. B. in Form von Landschaftszersiedlung, extensivem Flächenverbrauch, mangelnder Begründung etc. zu vermeiden?
23. Abgeordneter
Großmann
(SPD) In welchem Jahr ist die Zahl der neu fertiggestellten Wohnungen zuletzt um mehr als 20% gegenüber dem Vorjahr gestiegen?
24. Abgeordneter
Großmann
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fachwelt, daß auf Grund der begrenzten Steigerungsfähigkeit der bauwirtschaftlichen Produktion bei 230 000 neuen Wohnungen in diesem Jahr, 1990 mit 270 000 bis 275 000 neuen Wohnungen gerechnet werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

25. Abgeordnete
Frau Walz
(FDP) Verfolgt die Bundesregierung eine Konzeption, z. B. in Form einer ständigen Ausstellung unter Einbeziehung einer Demonstrationswohnung, um die Entstehung und Bedeutung der Weissenhofsiedlung in Stuttgart darzustellen?
26. Abgeordnete
Frau Walz
(FDP) Bestehen Pläne, das bundeseigene Grundstück am Weissenhof zu bebauen, und ist daran gedacht, dieses Grundstück gegebenenfalls für ein Architekturforum zur Verfügung zu stellen?
27. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) War der Bundesregierung bei der Konzeption der Steuerreform 1990 bewußt, daß sie die Masse der verheirateten Steuerzahler mit der Reform 1990 deutlich geringer als die Alleinstehenden entlastet, indem nur die Verheirateten mit ganz niedrigem oder sehr hohem Einkommen nach dem neuen Tarif besser gestellt werden, und wie vereinbart sich dies mit der propagierten ehe- und familienfreundlichen Politik?

28. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Aus welchen Gründen gewährt die Bundesregierung mit der Steuerreform 1990 – wie in der Zeitschrift „Das Kapital“ vom November 1989 aufgelistet – besserverdienenden Ehepaaren, die mehr als 230 000 DM im Jahr deklarieren, prozentual und absolut weitmehr steuerliche Entlastung, nämlich 3 517 DM – was einem Plus von 18,6 % nach dem Splitting-Tarif entspricht, als Ehepaaren mit 70 000 DM zu versteuerndem Einkommen, die durch die Reform nämlich 2 109 DM weniger (entsprechend 30,9 % weniger) gegenüber dem Tarif 1989 erhalten?
29. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Hat es in den letzten 40 Jahren längere Zeiträume gegeben, in denen die Spitzenverbände der Wirtschaft nicht über zu hohe Steuerbelastungen von Unternehmen geklagt haben?
30. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Wie ist vor diesem Hintergrund der anhaltende Exporterfolg der deutschen Wirtschaft zu erklären?
31. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)
- Bleibt die Bundesregierung bei ihrer Auffassung vom 17. Oktober 1989, daß sie mit einer Finanzhilfe für den sozialen Wohnungsbau in Höhe von 1,6 Mrd. DM an die Grenze des finanziell Vertretbaren gegangen ist?
32. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)
- Hat die Bundesregierung mit der Erhöhung dieser Finanzhilfe am 7. November 1989 die Grenze des nach ihrer Auffassung finanziell Vertretbaren überschritten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

33. Abgeordneter
Heyenn
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung Änderungen der Vorschriften über die Zumutbarkeit (§ 103 AFG, Zumutbarkeitsordnung), und wird sie zu den geplanten Änderungen vorher die Vertreter der Betroffenen anhören?
34. Abgeordneter
Heyenn
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß sich die Instrumente des Arbeitsförderungsgesetzes zur Bekämpfung des Leistungsmissbrauchs bewährt haben, oder beabsichtigt die Bundesregierung, das Instrumentarium zu verschärfen?

35. Abgeordnete
Frau Weiler
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß vermehrt Teilnehmer an beruflichen Bildungsmaßnahmen, die vorher arbeitslos waren, den Besuch der Maßnahmen abbrechen, weil die durch die 9. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes ausgelöste Herabsetzung der Leistungen, insbesondere der Kostenerstattung für Unterkunft und Verpflegung sowie der Fahrkosten, zu unzumutbaren Belastungen gerade für Teilnehmer an längerfristigen Bildungsmaßnahmen führt?
36. Abgeordnete
Frau Weiler
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, entsprechende Änderungen im Anordnungsrecht der Bundesanstalt für Arbeit anzuregen und nach entsprechender Beschlußfassung durch den Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit eine Anhebung der Kostenerstattung zu genehmigen?
37. Abgeordneter
Andres
(SPD)
- Ist die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß Langzeitarbeitslose einer besonderen Betreuung bedürfen, der verstärkte Zuzug von Aussiedlern und Übersiedlern erhebliche Mehrarbeit bei den Maßnahmen zur Integration in Arbeit und Beruf verursacht, der Facharbeitermangel einerseits und die hohe Zahl von Arbeitslosen andererseits einen verstärkten Kontakt der Arbeitsvermittler mit den Betrieben (Außendienst) erfordern, dazu bereit, der Bundesanstalt für Arbeit zusätzlich Planstellen zur Verfügung zu stellen und zumindest den Personalmaßnahmen zuzustimmen, die im vom Verwaltungsrat festgestellten Haushaltsplan 1990 vorgesehen sind?
38. Abgeordneter
Andres
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung angesichts ihrer Wende in der Wohnungsbaupolitik rückblickend für einen Fehler, die produktive Winterbauförderung des Arbeitsförderungsgesetzes teilweise ausgesetzt zu haben?
39. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die bei der Förderung der beruflichen Bildung von der Arbeitsverwaltung geübte Praxis der Richtwerte dazu führt, daß die Qualität der Bildungsmaßnahmen ständig sinkt und gerade Langzeitarbeitslose mit ihrem erhöhten Betreuungsbedarf nicht mit ausreichender Aussicht auf Erfolg qualifiziert werden können?
40. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, der Bundesanstalt für Arbeit eine Überprüfung dieser Praxis naheulegen und bei einer Änderung der Praxis die dafür notwendigen Finanzmittel zu genehmigen?
41. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Wie groß ist die Zahl der Rentenbeitragszahler heute im Vergleich zu der Zahl von 1982?

42. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)

Wie viele Beschäftigte fallen in diesem Jahr aus der Rentenversicherungspflicht heraus, weil sie entweder selbständig oder geringfügig beschäftigt sind oder über der Einkommensgrenze für die Rentenversicherungspflicht liegen, und wie waren die Vergleichszahlen 1982?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

43. Abgeordneter
Leidinger
(SPD)

Treffen Informationen der „Augsburger Allgemeinen“, Ausgabe Landsberg, vom 7. August 1989, zu, daß der Bundesminister der Verteidigung die Stationierung einer zusätzlichen Staffel MRCA Tornado im Fliegerhorst Lechfeld plant, und wenn diese Informationen zutreffen, in welchem Umfang ist die Stationierung vorgesehen?

44. Abgeordneter
Leidinger
(SPD)

Welche aktuellen Stationierungsüberlegungen hat der Bundesminister der Verteidigung, auch im Lichte der unterschiedlichen Überprüfungsmaßnahmen für mögliche Stationierungsstandorte, wie z. B. Erding, Manching, Lechfeld usw., für die zukünftige Dislozierung der Tornado-Staffeln in der Bundesrepublik Deutschland und in welcher Weise wird der Freistaat Bayern von diesen Stationierungsplänen zukünftig betroffen?

45. Abgeordnete
**Frau
Würfel**
(FDP)

Warum werden in den „Richtlinien für die Gewährung einer Aufwandsentschädigung für Soldaten und Beamte als fliegendes Personal“ (Fliegeraufwandsentschädigung) in der Neufassung vom 12. August 1988, VMBI. 1988, S. 209, die Lufttransportbegleiter als einzige von insgesamt 27 verschiedenen zulageberechtigten Tätigkeiten innerhalb der Luftfahrzeugbesatzungsgruppe C (Ständige Luftfahrzeugbesatzungsangehörige mit der Erlaubnis zum Einsatz auf strahlgetriebenen oder sonstigen Luftfahrzeugen) ZDv 19/12 Anlagen 9 und 10, bei der Bemessung der Höhe der Entschädigung (Abs. 5 [3] b.) von 668 DM auf 488 DM heruntergestuft?

46. Abgeordneter
**Jungmann
(Wittmoldt)**
(SPD)

Trifft die Meldung des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ zu, daß der frühere Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Dr. Timmermann, in einem Schreiben an Herrn Rolf Murmann dessen Wunsch nach Wiederfreigabe der Erprobung eines Zünders für Panzerbodenminen unter Hinweis auf die gerichtlich fest-

gestellte Beziehung des an der Erfindung beteiligten Herrn Knüffelman zu den Nachrichtendiensten der CSSR und der UdSSR abschlägig beschieden hat?

47. Abgeordneter
Jungmann
(Wittmoldt)
(SPD)

Wann und an wen im Bundesministerium der Verteidigung ist der Wunsch nach Freigabe der Erprobung des Knüffelman-Zünders erstmals herangetragen worden?

48. Abgeordneter
Gansel
(SPD)

Ist infolge der erteilten Freigabe des Knüffelman-Zünders schon mit der Realisierung der Erprobung begonnen worden, und wenn ja, unter persönlicher Beteiligung des Erfinders Knüffelman?

49. Abgeordneter
Gansel
(SPD)

Werden infolge der Freigabe Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt, bzw. bestand die Gefahr der Beeinträchtigung von Sicherheitsinteressen?

Bonn, den 10. November 1989

